

Antrag

der Fraktion der FDP

Sicher durch Selbstschutz von Anfang an – Bevölkerungsschutz-Wissen in die Schulen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Schülerinnen und Schüler sollen von Anfang an in geeigneter Form mit den Grundlagen des Bevölkerungsschutzes vertraut gemacht werden. Neben den Grundlagen des Verhaltens bei Alltagsereignissen (Unfälle, Personenrettung, Brandschutz, technische Hilfeleistung) im Katastrophen- und im Zivilschutzfall, soll ein besonderes Augenmerk auf den Selbstschutz gelegt werden.

1. Die Berliner Schulen sollen mindestens einmal jährlich an einem Projekttag „Bevölkerungsschutz“ durchführen. Der Projekttag ist jeweils in Kooperation mit am Bevölkerungsschutz beteiligten Institutionen wie der Berliner Feuerwehr, der Bundeswehr, der Polizei oder den Berliner Untergliederungen der Partnerorganisationen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Technisches Hilfswerk, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser Hilfsdienst, Johanniter-Unfall-Hilfe, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Deutscher Feuerwehrverband) durchzuführen.
2. Die Institutionen sollen die Gelegenheit erhalten, sich und ihr Tätigkeitsfeld in geeigneter Weise vorzustellen. Die Schule soll dafür Sorge tragen, dass Schülerinnen und Schüler das Sachgebiet vorbereiten und durch die Projekttag jeweils einen möglichst breiten praktischen Einblick erhalten, indem jährlich wechselnd andere Organisationen eingeladen werden.
3. Ab der Jahrgangsstufe neun ist mindestens einmal die Einladung von Jugendoffizierinnen und Jugendoffizieren der Bundeswehr anzustreben, wobei Voraussetzung der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mit dem Landeskommmando Berlin der Bundeswehr anzustreben ist,

die neben einer Orientierung an den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses den Ausschluss von direkter Werbung für den Dienst in der Bundeswehr vorsieht. Der Senat wird aufgefordert, für die Zusammenarbeit an den Schulen zu werben.

4. An den Projekttagen soll den Schülerinnen und Schülern insbesondere die Fähigkeit zur Selbsthilfe und Hinweise zu Verhaltenshinweisen in Not- und Krisensituationen vermittelt werden, die durch praktische Übungen vertieft werden.

Begründung

Die Beschäftigten staatlicher Institutionen mit Bevölkerungsschutzaufgaben wie der Bundeswehr, der Polizei, der Berufsfeuerwehr oder auch die Angehörigen der Hilfsorganisationen sind gut ausgebildet und im Ernstfall unser aller Sicherheitsgarantie. Sie alle verbindet ihre Stärke und Kompetenz in den für den Bevölkerungsschutz relevanten Fällen.

Die Corona-Pandemie, das Ahrtal-Hochwasser, der Krieg in der Ukraine, die Explosion des Sprengplatzes Grunewald und die Energie-Krise haben verstärkt in Erinnerung gerufen, dass Szenarien des Bevölkerungsschutzes auch in Berlin alle Bürgerinnen und Bürger betreffen können. Dieses Wissen war in den letzten Jahrzehnten leider zu Unrecht in den Hintergrund gerückt.

Eine wichtige Grundlage für die Bewältigung vielfältiger Lagen ist die Selbsthilfefähigkeit und Resilienz der Bevölkerung. Je stärker sie ausgeprägt ist, umso besser können in Not- und Katastrophenlagen die Kräfte des Katastrophenschutzes dafür genutzt werden, besonders hilfsbedürftige Personen zu unterstützen. Auch unterhalb der Katastrophenlagen kann die Selbsthilfefähigkeit dazu beitragen, die vermeidbare Belastung staatlicher Angebote der Notfallhilfe zu senken oder deren Effektivität zu steigern, indem zunächst selbst vor Ort geholfen werden kann.

Je früher dieses Wissen des Selbstschutzes vermittelt wird, umso nachhaltiger können sich die hierfür notwendigen Verhaltensweisen festigen. Daher ist es sinnvoll, dieses Wissen bereits frühzeitig an Schülerinnen und Schüler zu vermitteln. Diese werden dadurch auch in die Lage versetzt, das erlernte Wissen in ihrem häuslichen Umfeld weiterzugeben und mit gutem Beispiel voranzugehen.

Gleichzeitig kann der jährliche Besuch einer der Institutionen dazu führen, dass sich Schülerinnen und Schüler für einen der Berufe oder das Ehrenamt begeistern können, um später selbst Angehörige der Organisationen des Zivilschutzes zu werden und zur Sicherheit in Berlin oder in Deutschland beizutragen.

Es ist wichtig, allen an den Aufgaben des Bevölkerungsschutzes beteiligten Organisationen die Möglichkeit zur Beteiligung einzuräumen. Dies betrifft insbesondere auch die Bundeswehr, die gerade in Berlin oftmals nicht an die Schulen eingeladen wurde. Die Erfahrungen aus dem Ukraine-Krieg haben deutlich aufgezeigt, dass das Verhalten im Verteidigungsfall und die Erfordernisse an die Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Funktion der Bundeswehr als Parlamentsarmee in unserer Gesellschaft wieder verstärkt vermittelt werden müssen. Daher sieht der Antrag vor, dass die Bundeswehr mindestens einmal in der Schullaufbahn die Gelegenheit erhalten sollte, sich an den Schulen zu präsentieren.

Die Präsentationen tragen auch dazu bei, den öffentlichen Dienst, die Arbeit in Hilfsorganisationen und das ehrenamtliche Engagement in den Fokus der kommenden Generationen zu rücken. Die Schülerinnen und Schüler erhalten so ein besseres Bewusstsein für Möglichkeiten, Berufsaussichten und Chancen erhalten. Gerade die so wertvollen und gesellschaftlich dringend gebrauchten Institutionen, die im Zusammenhang mit Verteidigung, Katastrophenschutz, Gefahrenabwehr und Rettung stehen, brauchen sowohl kurz- als auch langfristige Unterstützung aus der Mitte unserer Gesellschaft.

Berlin, 22. November 2022

Czaja, Jotzo, Fresdorf
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin